Sabine Vogel
Goethe Universität Frankfurt am Main

Exposé zum Vortrag:

**Voraussetzungen internationaler Solidarität -**
**Soziale Bewegungen als Potential für Gewerkschaften am Beispiel der Protestbewegung gegen Stuttgart 21**

Als am 14. November 2012 ein grenzübergreifend koordinierter Generalstreik sowie Streiks gegen die Austeritätspolitik der EU in mehreren süd- und osteuropäischen Ländern stattfanden, hatte nicht nur der EGB, sondern auch der DGB zur Solidarisierung aufgerufen. Im Zuge dessen wurden in Deutschland an verschiedenen Orten Solidaritätskundgebungen organisiert, die Teilnahme blieb jedoch bescheiden. In mehreren Städten fanden Veranstaltungen statt, die jeweils von kaum mehr als ein paar hundert TeilnehmerInnen besucht wurden. Berlin bildete eine Ausnahme, hier fanden etwa 1000 Menschen zusammen, mehrere politische Gruppen und Parteien hatten den Aufruf unterstützt. In Stuttgart fand eine Kundgebung statt, die vom DGB, ver.di und dem Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise“ ausgerichtet wurde. Es kamen wie in Berlin etwa 1000 Menschen. Einen bedeutenden Beitrag zu der etwas größeren Teilnahme leisteten dabei DemonstratInnen der Bürgerbewegung gegen Stuttgart 21.

Es war zu erwarten, dass die Teilnahme an den Solidaritätsveranstaltungen deutschlandweit verhalten ausfallen würde. Anhand dieses Beispiels soll der Frage nachgegangen werden, weshalb es anscheinend schlecht bestellt ist um die internationale Solidarität in Deutschland. Die Mobilisierung über die Gewerkschaften soll im Vortrag mit der Mobilisierung über soziale Bewegungen verglichen werden. Warum kamen am 14. November so wenige TeilnehmerInnen zu den bundesweiten DGB-Veranstaltungen, aber auffallend viele Stuttgart-21-GegnerInnen zur Solidaritätskundgebung in Stuttgart?

Solidarität hat viele Formen unterschiedlich starker Ausprägungen: „Die einen haben eigene Interessen, die sie gemeinsam vertreten, die anderen sind uneigennützig, und die Dritten sind nicht betroffen“ (Zoll 2000). Die eigene Betroffenheit an einem Konflikt erhöht die Wahrscheinlichkeit zur Solidarität am stärksten. Die direktesten Krisenerfahrungen haben in der Bundesrepublik die Beschäftigten der Industrie erlebt, sie erleben sie noch heute. Am 14. November 2012 veranstaltete auch die IG Metall in Stuttgart eine Solidaritätskundgebung. Sie fand direkt vor der Veranstaltung des DGB statt, und es nahmen weniger als halb so viele Menschen teil.

Von der Jenaer Forschungsgruppe um Klaus Dörre wurden kürzlich umfangreiche Studien zum Arbeitnehmerbewusstsein (zur Zeit der Krise) zusammengefügt und veröffentlicht. Unter anderem kamen die Autoren zu der Schlussfolgerung, dass sich unter den Beschäftigten in der Industrie eine „exklusive Solidarität“ gebildet hat. Die ArbeitnehmerInnen sind in Sorge um den Erhalt ihrer eigenen Arbeitsverhältnisse und grenzen sich daher von anderen, vor allem von schwächeren Beschäftigten ab. Solidarität braucht jedoch ein Bewusstsein zur Kollektivität, den Wunsch nach einem Zusammenschluss in einer Einheit. Zudem zeigen die Studien ein abgeschwächtes Vertrauen in die Gewerkschaften: „Generell hält man Gewerkschaften für nötig, teilweise auch für mächtig und durchsetzungsstark. Eine durchgreifende Gesellschaftsreform ist jedoch nichts, was man ihnen zutrauen würde“ (Dörre et al. 2013). Damit Solidarität möglich wird, muss der Glaube an Veränderung vorhanden sein. Aktiv werden ArbeitnehmerInnen, wenn sie Vertrauen haben, dass ihr Handeln Erfolg hat. Nicht nur die internationale Solidarität (unter ArbeitnehmerInnen) schwächelt, es mangelt häufig an der Fähigkeit und den Möglichkeiten, breite Solidarität generell herzustellen.

Die Gewerkschaften fungieren häufig nicht mehr als breite Plattform für Solidarität. Mehrere Bedingungen, die dafür nötig wären, sind in der Bürgerbewegung gegen Stuttgart 21 deutlich erkennbar und können als Beispiel herangezogen werden. Die Bewegung ist zwar insofern nicht exemplarisch, als man ihr im Vergleich zu anderen Bewegungen in der Bundesrepublik ein überdurchschnittlich starkes Durchhaltevermögen und Engagement zuschreibt. Die Bedingungen, die ihrem Engagement zu Grunde liegen, sind aber die gleichen, und so machen die starken Ausprägungen die Bewegung zu einem markanten Beispiel.

Empirische Erhebungen haben ergeben, dass unter den DemonstrantInnen gegen Stuttgart 21 größtenteils ArbeitnehmerInnen sind, etwa ein Fünftel stuft sich selbst politisch links ein (vgl. Rucht et al. 2010)[1], und es gibt viele aktive GewerkschafterInnen in der Bewegung. Damit gleichen sie vielen der insgesamt an den Krisenprotesten Teilnehmenden, und so ist es nicht überraschend, wenn auch in diesem Spektrum Solidarität sichtbar wird. Auffallend ist aber die starke Identität mit der Bewegung gegen Stuttgart 21. Die Demonstrierenden kommen nicht als GewerkschafterInnen zur Kundgebung, sondern als Stuttgart- 21-GegenerInnen. Die ausgeprägte Identität gehört zu den Hauptgründen, warum die Mobilisierung in ihren Reihen einfacher war als anderswo. Sie haben über die Bewegung, der sie vertrauen, eine Verbindung zu den Krisenprotesten herstellen können. Sie sehen in beiden Protesten die Macht der Finanzmärkte als Ursache von Demokratieabbau. Ihre Wirkungsmacht als Stuttgart 21-GegenerInnen erscheint ihnen größer als die allein als GewerkschafterInnen. Sie gewinnen ihr Vertrauen und ihr starkes Kollektivitätsbewusstsein aus bereits Jahre anhaltenden Protesterfahrungen, in denen sie oft das Gefühl von gemeinsamer Stärke erlebt haben. Zudem hat sich aus den Protesten eine Alltagskultur entwickelt, die gemeinsam gelebt wird (regelmäßige Demonstrationen und Rituale finden statt, es gibt Feste, Gottesdienste u. ä.). Die Vernetzung untereinander ist stark. Über verschiedenste Kanäle – Mailverteiler, Homepages, Gruppentreffen, Zeitungen, Flugblätter – halten sie sich gegenseitig auf dem Laufenden, Mobilisierungen sind sehr kurzfristig möglich. So sind hier viele emotionale und organisatorische Voraussetzungen gegeben, die auch Gewerkschaften bräuchten, um breite Solidarität herstellen zu können.

**Literatur**

Dörre, Klaus et al. (Hrsg.) (2013): *Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben,* Hamburg.

Rucht, Dieter et al. (2010): *Befragung von Demonstranten gegen Stuttgart 21 am 18.10.2010.* www.wzb.eu/sites/default/files/projekte/stgt_21_kurzbericht_2010.pdf

Zoll, Rainer (2000): *Was ist Solidarität heute?* Frankfurt/Main.

[1] Die Erhebungen sind von 2010, zu einer Zeit in der die Protestbewegung deutlich größer war als heute. Es gibt keine aktuellen Erkenntnisse uber den gegenwärtigen Anteil an ArbeitnehmerInnen. Es ist anzunehmen, dass sich die Gruppe der RentnerInnen vergrößert hat, so wie es bei lang andauernden sozialen Protesten meist der Fall ist. Trotzdem durfte noch ein beträchlicher Anteil an ArbeitnehmerInnen in der Bewegung aktiv sein.